

GRÜNE WEGE AUS DER FRANKEN- & RESSOURCENKRISE

RESOLUTION-DER DV VOM 22.8.15



Die Schweiz steht ökonomisch vor einer doppelten Herausforderung: Kurzfristig bedroht die Frankenkrise unsere Wirtschaft. Arbeitsplätze sind dadurch genauso gefährdet wie eine nachhaltige und faire Lohnpolitik sowie die Weiterentwicklung der Industrie und des Dienstleistungssektors. Langfristig gefährden der Klimawandel, der Biodiversitätsverlust und die Verknappung wichtiger Rohstoffe unsere Lebensqualität sowie die Entwicklungschancen in Ländern des globalen Südens.

Wir sind überzeugt: das eine darf nicht gegen das andere ausgespielt werden, wie es die Rechtskonservativen mit ihrer Ablehnung der Grünen Wirtschaft und der Energiewende derzeit tun. Vielmehr braucht es eine Wirtschaftspolitik, die beide Herausforderungen gemeinsam angeht, die nachhaltige Arbeitsplätze schafft, den fairen Handel und das Wirtschaften in der Region fördert und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen als Lebensgrundlage erhält. Statt des bürgerlichen Standortdumpings und Isolationismus braucht es eine Wirtschaftspolitik, welche die nötige ökologische Modernisierung und wirtschaftliche Innovation auf den Weg bringt. Die Grüne Wirtschaft bringt als Einzige Lösungen für beide Herausforderungen.

SO MUSS DIE WIRTSCHAFT UMGEBAUT WERDEN

- 1. GELD- UND FINANZMARKTPOLITIK AUF DIE REALWIRTSCHAFT AUSRICHTEN.** Die Negativzinspolitik der Schweizer Nationalbank muss fortgeführt werden, um die Frankenstärke abzumildern. Die Sozialversicherungen sollen von negativen Zinsen ausgeschlossen werden. Um das Finanzsystem stabil zu halten, braucht die Schweiz jedoch ein verbindliches Währungsziel sowie flankierende Massnahmen, um die Währungsspekulation einzuschränken. Es braucht eine Finanztransaktionssteuer, Einschränkungen beim Hochfrequenzhandel, höhere Eigenmittelvorschriften für Banken sowie eine Überprüfung des Geldschöpfungssystems. Damit der Euro nicht zusätzlich geschwächt und der Franken gestärkt wird, muss sich der Bundesrat für eine faire Regelung des europäischen Schuldenstreits einsetzen. Die ideologische Austeritätspolitik ist hingegen keine Lösung.
- 2. LEITPLANKEN FÜR EINE GRÜNERE WIRTSCHAFT SCHAFFEN.** Mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft lassen sich Kosten sparen und nachhaltige Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen daher den Schutz der natürlichen Ressourcen gesetzlich verankern und dabei auch die Umweltbelastung berücksichtigen, die unser Konsum im Ausland verursacht. Investitionen in Projekte und Technologien, welche wie Fracking oder Gaskraftwerke den Klimawandel weiter anheizen und die Grüne Wirtschaft bremsen, lehnen wir ab. Auch den raschen Atomausstieg wollen wir festschreiben. Gleichzeitig braucht es positive Anreize für erneuerbare Energien, Recycling, Energie- und Materialeffizienz sowie für die Verbreitung von sauberen Technologien. Mit finanziellen und steuerlichen Fördermassnahmen sowie einer entsprechenden Policy der Finanzinstitute sollen zudem Investitionen in Cleantech und nachhaltige Geldanlagen gezielt gestärkt werden. Unser Ziel ist eine Kreislaufwirtschaft, bei der die Rohstoffe stets weiterverwendet werden und die möglichst keine Schadstoffe produziert. Der ökologische Umbau der Wirtschaft ist bei einer konsequenten Umsetzung äusserst wirksam und alles andere als illusorisch.

- 3. MEHR LEBENSQUALITÄT STATT STANDORTDUMPING.** Wer eine nachhaltige Wirtschaftspolitik betreibt, setzt auf eine gute öffentliche Infrastruktur, gerechte Löhne, ein gutes Bildungssystem sowie auf die Integration ausländischer Arbeitskräfte. Eine Senkung der Unternehmenssteuern lehnen wir ab. Insbesondere in den Kantonen mit vielen Unternehmen mit steuerlichem Sonderstatus wollen wir dabei Arbeitsplätze und Steuereinnahmen erhalten. Denn Steuersenkungen für Grossunternehmen führen zu Mehrbelastungen der KMU und der Bevölkerung oder zu Ausgabenkürzungen auch im Bildungs-, Sozial- und Umweltbereich. Wir wollen die Standortförderung 2016-19 des Bundes auf nachhaltige und innovative Unternehmen ausrichten. Diejenigen Branchen, die besonders hart vom starken Franken betroffen sind, sollen zudem während der Krise von Bund und Kantonen unterstützt werden. Dies gilt insbesondere für einen Teil des Tourismus und die Export-Wirtschaft.
- 4. FAIRER HANDEL STATT IMPORTDUMPING.** Auch für importierte Rohstoffe und Produkte wie Lebensmittel, Holzprodukte und Textilien braucht es klarere ökologische und arbeitsrechtliche Auflagen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese gesetzlich festgeschrieben, in Freihandelsabkommen verankert, durch Unternehmensverantwortung umgesetzt und gerade auch bei der öffentlichen Beschaffung verbindlich berücksichtigt werden. So können wir Menschenrechte schützen, Ökosysteme erhalten und eine Unterminierung der hohen Qualität von Schweizer Produkten verhindern. Gleichzeitig wird so der Druck zur Produktionsverlagerung reduziert, nachhaltige Firmen werden gefördert und Firmen, die sich nicht an soziale und ökologische Mindeststandards halten wollen, werden bestraft.
- 5. DIGITALISIERUNG FÜR NACHHALTIGE INNOVATION.** Nach der Dampfmaschine, der Elektrizität und der Elektronik entsteht derzeit durch die Digitalisierung und Technologien wie dem 3D-Druck eine vierte industrielle Revolution. Diese „Industrie 4.0“ bietet grosse Potentiale für die Ressourceneffizienz, da sich Angebot und Nachfrage viel besser aufeinander abstimmen lassen. Wir wollen diese Potentiale für den Werkplatz Schweiz nutzen. Die Chancen der Industrie 4.0 für die Schweizer Industrie sowie ihre Risiken für die Arbeitswelt und den Datenschutz müssen dringend geklärt werden, damit die Schweiz den Anschluss an diese neue Entwicklung nicht verpasst.

POLITISCH UMSETZEN

Mit einer Reihe von Vorstössen setzen sich die Grünen für eine umweltfreundliche, gerechte und krisenresistente Wirtschaft ein. Eine Liste der geforderten Massnahmen findet sich im Annex.

ANNEX

FRANKENSTÄRKE

- Was passiert mit der Schweizer Industrie? (6.5.15, Interpellation 15.3480)
- Schweizerische Nationalbank. Auch die Wechselkursstabilität als Ziel der SNB vorgeben? (20.3.15, Postulat 15.3308)
- Schwieriger Milchmarkt. Jetzt nachhaltige Massnahmen einleiten (20.3.15, Postulat 15.3343)
- Starker Franken und Einkaufstourismus (19.3.15, Postulat 15.3208)
- Frankenstärke. Aufstockung der KTI-Kredite (18.3.15, Motion 15.3180)
- Frankenstärke und grüne Wirtschaft. Für nachhaltige Arbeitsplätze ohne Sozialkahltschlag (4.3.15, dringliche Interpellation 15.3032)
- Finanzstabilität, Frankenuntergrenze und Immobilienblase. Fragen zur Politik der SNB (21.3.13, Interpellation 13.3201)

WIRTSCHAFT ÖKOLOGISCH ERNEUERN

- Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft / Anträge zur Umweltschutzgesetz-Revision
- Atomausstiegsinitiative / Anträge zur Energiestrategie 2050
- Schweizer Finanzplatz und Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung (18.6.15, Po. 15.3633)
- CO₂-Fussabdruck von Investitionen verringern (17.6.15, Interpellation 15.3613)
- Nachhaltigkeit von Finanzprodukten. Transparenz schaffen (5.5.15, Motion 15.3404)
- Besserer Kundenschutz bei Finanzprodukten (5.5.15, Motion 15.3405)
- Was unternimmt der Bundesrat gegen die Risiken der Kohlenstoffblase (21.3.14, Interp. 14.3234)
- Neues Klimaschutzziel. Minus 60 Prozent Treibhausgasemissionen bis 2030 (12.12.14, Mo. 14.4253)
- Grüne Vernehmlassungsantwort zum öffentlichen Beschaffungswesen (25.6.15)
- Gastronomie. Bessere Information über die Umweltverträglichkeit von Lebensmitteln (5.3.15, Ip. 15.3068)
- Verwertung unverkaufter Lebensmittel (19.6.15, Motion 15.3735)
- Food Waste eindämmen (20.6.14, Motion 14.3603)
- Die Nutzung bestehender Bauten optimieren, um modularen und evolutiven Wohnraum zu fördern (8.5.14, Postulat 14.3345)
- Kunststoffrecycling in der Schweiz (13.12.13)
- Konsumentenfreundliche und umweltverträgliche Ausgestaltung der gesetzlichen Gewährleistung (13.12.13, Motion 13.4273)
- Massnahmen gegen Produkte mit hohen externen Kosten und Ressourcenverschleiss (26.9.13, Interpellation 13.3821)
- Reparieren und Wiederverwenden elektronischer Geräte ermöglichen (21.6.13, Po. 13.3606)
- Verstärkte Förderung des Ökodesigns für nachhaltigere Produkte (21.6.13, Ip. 13.3646)
- Beitrag der Ökonomie der Nutzung zu einer grünen Wirtschaft (21.6.13, Interpellation 13.3647)
- Reparatur von Produkten und Geräten: Information und Fördermassnahmen (20.6.13, Po.13.3527)
- Wohlfahrtsindex Schweiz (5.3.15, Postulat 15.3063)
- Ökologischer Fussabdruck der Schweiz heute und im Jahr 2050 (18.3.13, Interpellation 13.3101)
- Optimierung der Lebens- und Nutzungsdauer von Produkten (25.9.12, Postulat 12.3777)

MEHR LEBENSQUALITÄT STATT STANDORTDUMPING

- Forderungen der Grünen Fraktion zur „Standortförderung 2016-19“ im Nationalrat (2.6.15)
- Wie passt die „Grand Tour of Switzerland“ zur Tourismusstrategie des Bundes? (17.9.14, Frage 14.5467)
- Grüne Vernehmlassungsantwort zur Unternehmenssteuerreform III (29.1.15)
- Unternehmenssteuerreform III. Steuerausfälle für Städte (25.9.13, Interpellation 13.3801)

- Frankenstärke. Aufstockung der KTI-Kredite (18.3.15, Motion 15.3180)
- Hochqualifizierte Zugewanderte aus Drittstaaten besser in Arbeitsmarkt integrieren (19.6.15, Ip. 15.3764)
- Handeln zugunsten der über 50-jährigen Arbeitslosen ist notwendig 7.5.14, (Interpellation 14.3327)
- Möglichkeit zur Festlegung würdiger kantonaler Mindestlöhne (21.6.13, Motion 13.3614)
- Beruflichen Wiedereinstieg begünstigen. Schaffung geeigneter Fonds vorsehen (17.4.13, Mo. 13.3348)
- Impulsprogramm für die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten (28.9.12, Motion 12.3931)
- Bessere Kontrolle der Arbeitsbedingungen von Angestellten privater Haushalte (28.9.12, Mo. 12.3930)
- Zukunft Gesundheitsversorgung für besonders verletzte Bevölkerungsgruppen (6.5.15, Ip. 15.3481)
- Masseneinwanderungs-Initiative. Der Bundesrat muss eine EU-kompatible Umsetzungsvariante vorlegen (26.9.14, Motion 14.3936)

FAIRER HANDEL STATT IMPORTDUMPING

- Fair-Food-Initiative
- Palmöl und die Freihandelsabkommen mit Malaysia und Indonesien? (19.6.15, Interpellation 15.3716)
- Importverbot für Jagdtrophäen (19.6.15, Motion 15.3736)
- Minamata-Konvention. Die Schweiz soll den Export von Quecksilber verbieten (12.12.14, Mo. 14.4273)
- Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft. Schutz der Umwelt- und Sozialstandards. (7.5.14, Postulat 14.3314)
- Auswirkungen von TTIP/TAFTA auf die Schweiz? (3.6.14, Interpellation 14.3395)
- Inhaltliche Unterschiede zwischen Gats-Offerte und Tisa-Offerte (12.12.14, Interpellation 14.4295)
- Rechtlicher Kontext von TISA? (11.12.2014, Interpellation 14.4160)
- Beteiligung von Unternehmen an den Tisa-Verhandlungen (26.11.14, Frage 14.5556)
- TISA. Service public ist nicht verhandelbar (8.5.14, Motion 14.3368)
- Konsequenzen einer möglichen Unterzeichnung des Tisa-Abkommens (17.3.14, Interpellation 14.3102)
- Freiwillige Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte in der Rohstoffbranche (13.12.13, Ip. 13.4280)
- Unterstellung von Edelmetallen unter das Geldwäschereigesetz (20.6.13, Motion 13.3513)
- Überprüfung der Einhaltung der OECD-Verrechnungspreisleitlinien in Kantonen (20.6.13, Ip. 13.3512)
- Rohstoffabbau und -handel. Die Korruption und Steuerbefreiung von Unternehmen bekämpfen (16.4.13, Interpellation 13.3307)
- Aufsichtsbehörde für den Handel mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln (15.4.13, Postulat 13.3288)
- Eine Ruggie-Strategie für die Schweiz (13.6.12, Postulat 12.3503)

DIGITALISIERUNG FÜR NACHHALTIGE INNOVATION

- *Herbstsession 2015:* Die Grünen fordern mit einem Vorstoss, dass der Bundesrat eine Studie zu den Chancen und Risiken der Industrie 4.0 erstellt. Sie fordern auch mit einem Vorstoss, dass der Bundesrat eine „Plattform Industrie 4.0“ zwischen Bund, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft schafft.
- Wie kann die Freigabe von Open-Source-Software durch die Bundesverwaltung explizit erlaubt werden? (12.12.14, Postulat 14.4275)
- Web-Index für ein freies und offenes Internet. Die Schweiz ist nur an 18. Stelle (12.12.14, Postulat 14.4294)
- Förderung von Open Access und Open Research Data (3.12.14, Frage 14.5666)
- Internet-Dienstleistungen. Aufspaltung dominierender Konzerne bei Quasi-Monopolen (3.12.14, Frage 14.5642)
- Fairphones für die Bundesverwaltung und das Parlament (10.9.14)
- Swisscom. Geplante Umstellung von analoger auf Internet-Telefonie für alle Festnetz-Anschlüsse (8.5.14, Interpellation 14.3341)
- Rechenzentren effizienter und mit grünem Strom betreiben (13.12.13, Postulat 13.4265)
- Bei öffentlichen Ausschreibungen umwelt- und sozialverträgliche elektronische Geräte beschaffen (13.12.13, Motion 13.4278)
- Branchenvereinbarung für umwelt- und sozialverträglichere Computer und Mobiltelefone prüfen (13.12.13, Postulat 13.4315)
- Fernmeldegesetz. Gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität (14.12.12, Motion 12.4212)